

Essen, den 12.07.2013

Betr.: Anti-Rassismus-Telefon sieht unterschwelligen Rassismus im neuen Unterbringungskonzept der Stadt Essen

Die Essener Stadtverwaltung hat ein "Rahmenkonzept zur Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern" erstellt. So korrekt der offizielle Sprachgebrauch von Politik und Verwaltung auch erscheinen mag:

Dieses Konzept ist der gezielte Versuch, Roma aus Serbien und Mazedonien besonders schlecht zu behandeln und dies durch unterschwelligen Rassismus zu rechtfertigen.

Warum sollen diese Flüchtlinge durch Schikanen davon abgehalten werden, zu uns zu kommen?

In Deutschland wurden Roma und Sinti im Laufe der Geschichte extrem misshandelt und ermordet, in den Zeiten der Naziherrschaft in unfassbarer Menge. Sie kommen heute aus Ländern, in denen sie immer noch diskriminiert, gejagt und verfolgt werden. Es ist erschreckend, wenn auch heute Maßnahmen aufgenommen werden, die darauf abzielen, dass sie sich unwohl und ausgestoßen fühlen sollen. Es ist beschämend, wenn der Stadt Essen angesichts der bekannten Notlage der Roma nichts anderes einfällt, als die Hilfesuchenden verstärkt zu drangsalieren.

Wir wissen aus langjähriger Arbeit gegen rechtsradikale Umtriebe, dass das Herabwürdigen von Bevölkerungsgruppen durch staatliche Stellen letztendlich die menschenfeindlichen Forderungen von Parteien des Typs "Pro NRW" und "NPD" nur hof- und politikfähig macht.

Eine rassistisch orientierte Denkweise ist erkennbar an der bewussten Diffamierung dieser Bevölkerungsgruppe:

Laut des "Konzepts" müsse man die Flüchtlinge 3 - 6 Monate mit Essenspaketen (statt Bargeld) abspeisen, weil

- sie sich ansonsten nicht richtig ernähren würden
- sie in der Zeit lernen sollen, mit elektrischen Geräten umzugehen
- sie in der Zeit lernen sollen, richtig einzukaufen.

Um es ganz deutlich zu sagen:

Die Flüchtlinge mögen arm sein, unsere Sprache nicht sprechen und teilweise auch eine schlechte Schulausbildung besitzen. Ihnen aber deshalb in dieser paternalistischen Weise Dummheit zu unterstellen, ist eine Herabwürdigungsform, die wir seit der Kolonialzeit eigentlich hinter uns gelassen haben.

Besonders perfide ist die Argumentation, dass das angebliche Kindeswohl gefährdet sei. Bei früheren Gelegenheiten hat man auch die Erwägung von Sachleistungen mit dem "Wohl der Kinder" begründet, die sonst von ihren Eltern nicht richtig ernährt würden (so hat es z.B. der Sozialdezernent Renzel in einem Interview mit der NRZ von 10.11.2012 angedeutet).

Auch würden die Kinder durch die Flucht aus dem Schulbesuch in der Heimat herausgerissen werden.

Von den Flüchtlingen selbst wissen wir aber, dass für Roma in ihren Heimatländern ein regelmäßiger Schulbesuch oft nicht möglich ist: z.B. werden sie wegen mangelnder Kleidung abgewiesen, können sich Schulbücher nicht leisten, usw. So ist es nur konsequent, dass die Eltern das Wohl der Kinder durchaus darin sehen könnten, sie von dort wegzubringen, wo sie in Elend und Diskriminierung leben. Wenn der Stadt Essen das Kindeswohl so wichtig wäre, dann müsste sie eigentlich versuchen, den Aufenthalt der Familien so weit in die Länge zu ziehen, dass die Kinder hier einen geregelten und effektiven Schulaufenthalt bekommen.

Erziehungsmaßnahmen der Stadt?

Auch fragen wir uns, was die Stadtverwaltung dazu bewogen hat, von den bewährten Barauszahlungen auf Sachleistungen wie z.B. Nahrungsmittelpakete überzugehen, obwohl es für zwei Einrichtungen nach eigenen Berechnungen 810. 200 € mehr kosten wird.

Im Rahmenkonzept der Stadtverwaltung heißt es, es „soll vermieden werden, dass Ausländer allein aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik einreisen.“ Das heißt, man erhofft sich durch eine Abschreckungspolitik 200 Asylbewerber weniger, und damit geringere Kosten.

Diese Annahme ist unserem Verständnis nach nicht richtig, denn die Stadt Essen hat keinen direkten Einfluss auf die Anzahl der anteilig vom Bund zugewiesenen Asylbewerber. Die Aufnahmequote ist unabhängig davon, ob die Stadt ein Jahr zuvor Geld oder Sachleistungen verwendet hat.

Im Rahmenkonzept selbst steht: „Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Zuzugssteuerung gibt es nicht.“

Will also die Stadtverwaltung ein zweifelhaftes Pilotprojekt für den Bund entwickeln? Oder geht es nur um Schikane und Diskriminierung der Roma aus Serbien und Mazedonien, die ja von diesen Neuregelungen hauptsächlich betroffen wären?

„Akzeptanz und Sicherheit“ oder vielmehr „Intoleranz und Schutz vor den barbarischen Flüchtlingen?“

Uns stört besonders, dass die Perspektive der Bewohner völlig außer Acht gelassen wird.

Es ist in jeglichen Gemeinschaften von Interesse sich über bestimmte Gesetze, Normen und Werte zu einigen. Zu denken, dass dieses Bedürfnis nicht auch von Flüchtlingen so empfunden wird, ist nicht nur im Voraus ausschließend, sondern überheblich – ja, rassistisch.

Die bereits beschriebenen „erzieherischen Maßnahmen“ der Stadtverwaltung können nur so verstanden werden, dass den Flüchtlingen schon im Vorfeld dieser Wille zum Zusammenleben abgesprochen werden soll, sie werden gewollt ausgegrenzt.

Im Konzept wird die Vorgeschichte von Flüchtlingen angesprochen, damit auf die Hintergründe wie „(...) Kriegssituationen, Verfolgung und Tod von Familienangehörigen sowie eigene(n) Folterungs- und

Vergewaltigungserlebnissen“ Rücksicht genommen werden kann und „verschiedenartige individuelle Hilfe(n)“ angeboten werden können.

Gerade unter der Überschrift „Akzeptanz und Sicherheit“ fehlt davon aber jede Spur.

In einer neuen Umgebung sollte doch davon ausgegangen werden, dass nach derart tragischen und traumatischen Erfahrungen zuallererst der Schutz und die Sicherheit der Bewohner im Vordergrund stehen sollten. Zumindest sollte ein gewisses Maß davon vorhanden sein. Stattdessen wird auf einer ganzen Seite eine Liste verschiedener möglicher Motive und Beweggründe für (mögliches) Misstrauen und Intoleranz der „Einheimischen“ präsentiert.

Wir mussten in Essen viel zu häufig die Erfahrung machen, dass organisierte oder vereinzelt Menschen aus purem Rassismus Flüchtlingsheime mit rassistischen Parolen beschmiert haben. Parteien wie „Pro NRW“ und NPD haben vor Essener Flüchtlingsheimen demonstriert, um die Flüchtlinge bewusst einzuschüchtern.

Wo wird die akute Gefahr rassistischer Bedrohung angesprochen?

Wo wird den Befürchtungen, Problemen und Ängsten von Flüchtlingen Raum gegeben?

Wo finden diese „Akzeptanz und Sicherheit“, wenn sie doch unterschwellig nur als potenzielle Gefahrenquellen, Unruhestifter bzw. als Sicherheitsrisiko gesehen werden?

Die Einrichtung einer „Beschwerdehotline“ liest sich eher als Instrument für vorurteilsbehaftete „Einheimische.“ Denn sie soll dazu dienen „(...) auf Anregungen / Beschwerden der Anwohner schnellstmöglich reagieren zu können.“

Diese einseitige Perspektive verdeutlicht, dass es hier nicht um ein Miteinander geht, nicht darum, die „Anwohner“ von ihren Vorurteilen zu befreien. Auch geht es wohl nicht darum, dass die „Anwohner“ (wie die Gesellschaft im Ganzen) eine verständnisvolle Grundhaltung für die Hilfesuchenden einnehmen sollen.

Willkommenskultur?

Eine „Willkommenskultur“ äußert sich nicht darin, dass auf Ressentiments und Vorurteile bzw. Annahmen über die scheinbar so unzivilisierten „Fremden“ eingegangen und in Form von Erziehungsmaßnahmen oder eines Beschwerdemanagements reagiert wird.

Denn es hat sich mittlerweile seit mehreren Jahrzehnten, in denen immer wieder Debatten um „Leitkulturen“, „Multikulturen“ und der Frage, ob Deutschland ein oder kein „Einwanderungsland“ ist, das Verständnis dahingehend gewandelt, dass wir eine „Willkommenskultur“, die so oft von politischer Seite propagiert wird, etablieren wollen.

Eine „Willkommenskultur“ setzt vielmehr eine bereits bestehende Kultur der Akzeptanz, des Verständnisses und des Zugeständnisses zur bereits vorhandenen Vielfaltigkeit in unserer Gesellschaft voraus. Dies ist immer ein Prozess, der sich stetig verändert.

Ein Prozess, der jedoch notwendig ist, wenn das Ziel ein friedfertiges soziales Miteinander sein soll.

Das Flüchtlingskonzept der Stadt Essen dagegen will eine Kultur der Exklusion aufbauen, in der die Flüchtlinge als Mitmenschen zweiter Klasse stigmatisiert werden sollen: Sei es die einseitige Betonung der Anwohner-Perspektive oder die geplanten Essenspakete: Es wirkt als wolle man nicht auf Augenhöhe miteinander leben, denn der Blick der Anwohner, Blick der vermeintlichen „Mehrheitsgesellschaft“ und „Leitkultur“, die über den „Gast“, den „unzivilisierten Fremden“ wacht, bestimmt die Perspektive.

Wir glauben, eine ehrliche „Willkommenskultur“ kann nur durch Inklusion geprägt sein:

Also die Teilhabe an der Gesellschaft mit gleichen Rechten ohne die Forderung nach bloßer Anpassung. Diese kann und darf nur auf Augenhöhe stattfinden.

Wir schließen uns an die Forderungen von Pro Asyl an und fordern:

- Erstaufnahmelager müssen verhindert werden
- bessere Integration statt Isolierung der Flüchtlinge,
- bewachte Lager sind abzulehnen
- humane Unterbringung von Flüchtlingen
- Einhaltung von Hygienestandards und ein Recht auf Intimsphäre
- Ausbau der sozialen Betreuung
- Verzicht auf Sachleistungen
- Auszahlung von Barleistungen
- Verzicht auf Massenunterkünfte
- Einhaltung der beschlossenen Belegungsdichte von 8 m² / Person
- vorrangige Unterbringung in Privatwohnungen